

MAZ PR  
30.12.14

# Mastanlage noch nicht ad acta gelegt

Investoren legen nach Ablehnung vom Landesumweltamt Widerspruch gegen dessen Entscheidung ein

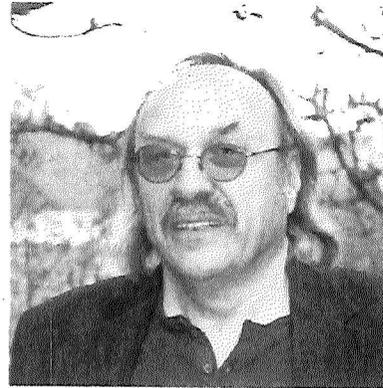
Von Sandra Bels

**Gumtow** – Das ganze Jahr über wartete die Bürgerinitiative „Gumtow gegen Tierfabrik“ auf eine Entscheidung über die Bauanträge für zwei Hähnchenmastanlagen in Gumtow-Heinzhof mit jeweils 200 000 Tierplätzen. Ende Januar hatte die Initiative das Protokoll erhalten, dass bei den beiden Erörterungsterminen dazu im Sommer 2013 entstanden war. Das Erörterungsverfahren dauerte über 19 Stunden.

Auf 360 Seiten wurde wortwörtlich aufgeschrieben, was bei den beiden Terminen gesagt worden war. Die Mitglieder der Bürgerinitiative hatten sich das Lesen der

Seiten aufgeteilt. Geprüft wurde dabei unter anderem, ob alle von ihnen genannten Schwerpunkte eingearbeitet wurden. Gegen den Bau der Hähnchenmastanlagen waren im Jahr 2012 Einwendungen von 298 Leuten eingegangen, davon 59 als Einzelschreiben.

Mitte November entschied das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV), den Bau der Hähnchenmastanlagen in Gumtow-Heinzhof abzulehnen. Ein Grund dafür war, dass der Bau der Anlagen den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung widerspricht. Das Umweltamt sah die Anlagen nicht als landwirtschaftliche Betriebe, weshalb sie nicht auf den Flächen im



Helmut Adamaschek und Kathrin Voigt, Sprecher der Bürgerinitiative

Außenbereich gebaut werden dürfen, die dafür reserviert sind.

Gegen die Entscheidung des Landesumweltamtes konnte bin-



nen eines Monats Widerspruch eingelegt werden. Die Investoren nahmen das Recht für sich in Anspruch. Helmut Adamaschek,

Sprecher der Bürgerinitiative sagt, dass das Widerspruchsverfahren Monate, sogar Jahre dauern kann. Den Investoren bliebe ein Klage bei einer erneuten Ablehnung. Adamaschek vermutete, dass die Investoren versuchen wollen, einen Grundsatzbeschluss zu erwirken, „der freie Bahn für weitere Mega-Mastanlagen der kernabhängigen Industrie Futtermittelherstellern, Brütereien und Schlachthöfen im Land schaffe soll.“ Die Bürgerinitiative fordert, dass der Landtag die Förderung der Massentierhaltung beende. Die Parteien werden aufgefordert, die gesundheitsgefährdende, tierverachtende und umweltschädliche Förderpolitik zu stoppen.